

an einem Konflikt nicht näher beteiligte, für Friedenstruppen gleichwohl zahlungspflichtige Teil der internationalen Gemeinschaft profitiert auch finanziell unmittelbar vom Abbau der Spannungen und dem Zugewinn an internationaler Sicherheit durch die daraus sich ergebenden verminderten Militärausgaben und besseren Handelsgeschäfte. Dennoch wird man sich mancherorts erst an diesen nur scheinbar teuren Frieden ebenso gewöhnen müssen, wie man sich an die weit höheren Militärausgaben gewöhnt hat. Ein kostenbewußter und ökonomisch effizienter Umgang der Vereinten Nationen mit dem Instrument Friedenstruppen wird dazu beitragen.



Eine der drei 1988 geschaffenen Friedenstruppen der Weltorganisation ist die Militärische Beobachtergruppe der Vereinten Nationen für Irak und Iran (UNII-MOG); sie wurde gemäß Resolution 619 des Sicherheitsrats (Text: VN 5/1988 S.170) aufgestellt. UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar traf am 12. August 1988 in New York mit Generalmajor Slavko Jovic aus Jugoslawien zusammen, dem Kommandeur der wenige Tage zuvor eingerichteten Truppe.

- 1 Mit den Friedenssicherungsoperationen der Vereinten Nationen und auch mit der Diskussion über die Möglichkeit einer Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an den UN-Friedenstruppen hat sich diese Zeitschrift immer wieder befaßt: Hans Arnold, Die persönliche Meinung: Deutsche an die Front?, VN 3/1988 S.85; Hans-Peter Kaul, UN-Friedenstruppen: Versuch einer Bilanz. Ein Diskussionsbeitrag aus deutscher Sicht in 33 Thesen, VN 1/1983 S.1ff.; Ensio Siilasvuo, Der unerfüllbare Auftrag. Die UNIFIL als Negativbeispiel friedenssichernder Operationen der Vereinten Nationen, VN 6/1982 S.185ff.; Rüdiger Freiherr von Wechmar, Friedenserhaltende Maßnahmen – eine Herausforderung an die Bundesrepublik Deutschland, VN 1/1982 S.10f.; Dieter Fleck, UN-Friedenstruppen: Erfolgswang und Bewährung, VN 3/1979 S.99ff.; Indarjit Rikhye, Risiken der Friedenswahrung. Erfahrungen des Militärberaters der Vereinten Nationen, VN 6/1974 S.166ff.; Dieter Fleck, UN-Friedenstruppen im Brennpunkt. Überlegungen zu einer Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland, VN 6/1974 S.161ff.; Indarjit Rikhye, Ausbildung und Bereitstellung einer UN-Friedenstruppe, VN 5/1964 S.172ff.
- 2 Auf Grund des Genfer Vertragswerks über eine politische Lösung des Afghanistankonflikts (UN Doc. S/19835 v. 26.4.1988) vom Generalsekretär eingerichtet; der Sicherheitsrat hat seine »vorläufige Billigung« in einem Schreiben seines Präsidenten (S/19836 v. 26.4.1988) an den Generalsekretär mitgeteilt und ein halbes Jahr später in seiner Resolution 622 (Text: S.35 dieser Ausgabe) seine Zustimmung bestätigt.
- 3 Errichtet auf Grund von Resolution 619 des Sicherheitsrats v. 9.8.1988; Text: VN 5/1988 S.170.
- 4 Text: VN 6/1987 S.217.
- 5 Errichtet auf Grund von Resolution 626 des Sicherheitsrats v. 20.12.1988; Text: S.36 dieser Ausgabe.
- 6 Text: S.36 dieser Ausgabe.
- 7 Text: VN 4/1979 S.147f.

- 8 Die Notstandsstreitkräfte der Vereinten Nationen (United Nations Emergency Force, UNEF) wurden von 1956 bis 1967 (UNEF I) und von 1973 bis 1979 (UNEF II) auf dem Sinai eingesetzt.
- 9 Text: Nr.14 (April 1988) der Reihe »Zur Diskussion gestellt« der DGVN; Auszüge des Artikels von Michail Gorbatschow sind auch veröffentlicht in: Europa-Archiv 1987, S.D656-D662.
- 10 Veröffentlicht in VN 1/1986 S.32.
- 11 Die erste Entschließung der Generalversammlung zur Finanzierung der UNII-MOG, A/Res/42/233 v. 17.8.1988, ist auf S.36f. dieser Ausgabe abgedruckt.
- 12 Siehe Anm.6.
- 13 S/20412 v. 23.1.1989. Im Februar folgte noch eine »erläuternde Erklärung« (S/20457 v. 9.2.1989).
- 14 A/43/768 v. 2.11.1988.

China in den Vereinten Nationen, die Vereinten Nationen in China

MANFRED KULESSA

»Der amerikanische Chefdelegierte bei den Vereinten Nationen George Herbert Walker Bush wird es schwer haben, den USA-Standpunkt in der China-Frage in der jetzt beginnenden 26. Vollversammlung den UN-Delegierten ... glaubhaft und anziehend zu machen.«

So hieß es vor mehr als eineinhalb Jahrzehnten in einer Bildunterschrift in dieser Zeitschrift.¹ Die Geschichte bestätigte die Vermutung: Am 25. Oktober 1971 verabschiedete die Versammlung auf Antrag Albanien die Entschließung 2758 (XXVI),² mit der die Regierung der Volksrepublik als alleinige legitime Vertretung Chinas anerkannt wurde und daraufhin in die Vereinten Nationen und damit auch als Ständiges Mitglied in den Sicherheitsrat einziehen konnte.³

Um die Vertretung Chinas in New York

George Bush hat diese Niederlage offensichtlich nicht geschadet. Er verstand sich sogar auf die Kunst, es mit den Vertretern des kommunistischen China nicht ganz zu verderben. So konnte er später auch der erste Vertreter der Vereinigten Staaten in der Volksrepublik und ein guter Freund vieler Mitglieder der Führungsgruppe des neuen China werden. Geschadet hat das mit Spannung verfolgte Ereignis jener Abstimmung dagegen offensichtlich einem der Sieger: Der tansanische Diplomat und Politiker Salim Ahmed Salim feierte das Abstimmungsergebnis

so hingerissen mit einem Freudentanz im Sitzungssaal, daß dieser Auftritt ihm vermutlich noch nach Jahren, im Herbst 1981, bei seiner Bewerbung um das Amt des Generalsekretärs zum Nachteil gereicht hat – trotz seiner eminenten Qualifikation und der weit verbreiteten Absicht, einen afrikanischen Kandidaten zu wählen, und natürlich auch starker chinesischer Unterstützung.

Für die Diplomatie der Vereinigten Staaten war die Vorbereitung auf die China-Abstimmung in der Tat eine schwierige Aufgabe. Man konnte eine Volksrepublik nicht mehr verteufeln, zu der Präsident Nixon gerade diskrete Verhandlungskontakte aufgenommen hatte. Henry Kissingers Spiel war ja schon in vollem Gange. Aber er wollte in diesem Spiel stärkere Karten auf der Hand haben. Dabei wäre ihm eine Entscheidung der Vereinten Nationen zugunsten der »Zwei-China-Lösung« sehr zustatten gekommen. Also wurde auf abhängige und befreundete Regierungen Druck ausgeübt, in manchen Fällen auch mit Erfolg. Aber das genügte nicht mehr, als vor allem Europa die Gefolgschaft verweigerte: Während Luxemburg, Spanien und Zypern Enthaltung übten, stimmten alle übrigen europäischen Staaten für den albanischen Antrag.

Die meisten Regierungen sahen in der Einbeziehung der Volksrepublik China einen wichtigen Schritt zur intendierten Universalität der Vereinten Nationen und auch zur Überwindung ihrer unglücklichen Zweipoligkeit. Für die Vereinigten Staaten

wurde aber nun auch zum ersten Mal dokumentiert, daß sie in den Vereinten Nationen nicht mehr auf eine sichere Mehrheit rechnen konnten. Damit begann die Periode einer deutlichen Dominanz der Länder der Dritten Welt in den Vereinten Nationen, die bedauerlicherweise mit einer Verminderung ihrer Bedeutung einherging, weil die Großmächte, vor allem die USA, sie nunmehr für weniger nützlich hielten, sie bei wichtigen Themen und Konflikten auch nicht mehr als entscheidende Schaltstelle nutzten und schließlich gar am Geldhahn drehen und säumige Beitragszahler wurden. Gorbatschow und die Bush-Leute werden jetzt, wie sich 1988 schon abzeichnete, in eine neue Phase von Reform und Nutzung des Instruments der Vereinten Nationen eintreten.

Jene Abstimmung vom 25. Oktober 1971 kann also als ein Meilenstein von historischer Bedeutung gelten, wengleich damit tatsächlich nur der Schlußstrich unter eine Entwicklung gezogen wurde, die sich längst als folgerichtig abgezeichnet hatte und ohne den aktiven Widerstand der Vereinigten Staaten gewiß auch früher eingetreten wäre. Die USA hatten nämlich seit Anfang der sechziger Jahre einer Entscheidung zugunsten Rotchinas dadurch vorzubeugen gesucht, daß die Generalversammlung das Thema zu einer ›wichtigen Frage‹ im Sinne von Artikel 18 Absatz 2 der Charta erklärte, in der es einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder – wobei die Mitglieder, die sich der Stimme enthalten, nicht mitgezählt werden – zur Entscheidung bedarf. Sieben Abstimmungen zwischen 1961 und 1970 hatten jeweils diese These bestätigt, wenn auch manchmal nur mit knappen Mehrheiten (1965: 56 Ja, 49 Nein, 11 Enthaltungen; 1970: +66, –52, =7). Damit sollte erreicht werden, daß auch ein schlichter Abstimmungserfolg des ›albanischen‹ Antrags, wie er 1970 dann auch tatsächlich erzielt wurde (+51, –49, =25), keine Änderung bewirken konnte. Als aber 1971 zum ersten Mal sogar der Vorschlag ›wichtige Frage‹ durchfiel (+55, –59, =15), war offensichtlich der Damm gebrochen. Zu alledem wurde dann in der Abstimmung über den eigentlichen ›albanischen Antrag‹ auch noch die Zweidrittelmehrheit erreicht (+76, –35, =17).⁴

Daraufhin konnte also die Volksrepublik den Sitz Chinas in den Vereinten Nationen einnehmen und eine zunehmend aktive Rolle nicht nur im Sicherheitsrat und anderen politischen Foren, sondern auch in den Fachorganisationen und Entwicklungsprogrammen spielen, dazu auch in der Regionalkommission für Asien und den Pazifik (ESCAP, früher: ECAFE). Der Mangel an international erfahrenen Kandidaten für die Mitarbeit in den UN-Stäben wurde zunächst dadurch einigermaßen ausgeglichen, daß man UN-Beamten chinesischer Herkunft die Chance einräumte, sich mit Beijing zu arrangieren und ihre Posten zu behalten.

Inzwischen haben die meisten dieser ›old hands‹ bereits das Pensionsalter erreicht, und China hat zunehmend eigene Kader aus der Volksrepublik als Kandidaten für den UN-Dienst präsentiert. Ein Untergeneralsekretär – Xie Qimei, früher Direktor im Außenministerium in Beijing, jetzt Leiter der Hauptabteilung für Technische Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung im UN-Sekretariat – und eine gute, wenn auch nicht gerade große Anzahl von chinesischen Mitarbeitern in wichtigen Positionen dokumentieren das aktive Interesse. Leider ist die chinesische Personalpolitik derzeit noch eher auf eine zeitlich begrenzte Abordnung als auf eine UN-interne Karriere ihrer Beamten ausgerichtet. Darin gleicht sie der sowjetischen Gepflogenheit. Es gibt aber Anzeichen dafür, daß sich in beiden Ländern in diesem Punkt ein Wandel ergeben könnte. Denn man sieht nun ein, daß ein befristet abgeordneter Beamter nicht die gleiche Wirksamkeit und Anerkennung erreichen kann wie ein Karriere-Mitarbeiter der Vereinten Nationen. In China hat der neue Personalminister Zhao Dongwan bereits Vorstellungen entwickelt, die Kandidaten für den UN-Dienst nicht mehr durch Abordnung aus der zuständigen Behörde, sondern auf Grund offener Ausschreibung und Bewerbung zu gewinnen.

Entwicklungsland China

Heute erscheint China als Geber wie als Empfänger von dem, was wir Entwicklungszusammenarbeit nennen. Das ist aber erst seit einem Jahrzehnt so der Fall. In der Mitte der siebziger Jahre stand noch das Bemühen im Vordergrund, die chinesischen Errungenschaften und Erfolge – insbesondere im Bereich eigenständiger ländlicher Entwicklung – in anderen Entwicklungsländern bekannt und nutzbar zu machen. Vor allem die Fachorganisationen, und in erster Linie wohl FAO, WHO und UNIDO, waren hier beteiligt. Auch heute ist ›Lernen von China‹ ein wichtiger Teil der internationalen Zusammenarbeit der Volksrepublik, der auch im Rahmen der Vereinten Nationen anerkannt und gefördert wird, vor allem im Bereich der Technischen Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern (TCDC). 1983 und 1986 fanden mit Unterstützung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) und der ESCAP internationale ›TCDC-Märkte‹ in Beijing statt.

Die technische und wissenschaftliche Leistung chinesischer Institutionen und ihre Mitarbeit an internationalen Aufgaben wird zunehmend gewürdigt. Ein gutes Beispiel ist die Wahl des Generaldirektors der meteorologischen Verwaltung Chinas, Zou Jingmeng, zum Präsidenten des Exekutivrats der WMO. Neben solchen Beiträgen sehen wir seit einem Jahrzehnt und mit wachsender Bedeutung auch Programme, die China in dem Bestreben unterstützen, Anschluß an die Technologien der Industrieländer zu gewinnen. 1978 hat sich China eindeutig als Entwicklungsland definiert und sein Interesse an der Entwicklungszusammenarbeit mit befreundeten Staaten und internationalen Organisationen im Rahmen der neuen Politik der Modernisierung angemeldet. Wegen ihres natürlichen Strebens nach Universalität haben die Vereinten Nationen darauf rascher reagiert als die meisten bilateralen Geber.

Bereits vor dem großen Durchbruch im 3. Plenum des 11. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas im Dezember 1978 wurde anlässlich der Teilnahme einer chinesischen Delegation an der TCDC-Konferenz in Buenos Aires unter der Leitung von Vizeminister Wei Yumin in New York die Aufnahme der UNDP-Arbeit in China vereinbart. Ein erstes Programm wurde noch im gleichen Jahr begonnen, und im Herbst 1979 wurde als erste UN-Dienststelle in China seit 1948 (als die ECAFE und andere regionale Büros von Shanghai nach Bangkok ausgelagert wurden) ein UNDP-Büro in Beijing eröffnet. Inzwischen sind zehn verschiedene Sonderorganisationen und Spezialorgane der Vereinten Nationen dort direkt vertreten: UNDP, UNICEF, UNFPA, WFP, WHO, UNESCO, FAO, ILO, UNHCR und Weltbank. Die UNIDO hat einen Industrieberater, der in das UNDP-Büro integriert ist. Wie üblich, amtiert der ortsansässige Vertreter (Resident Representative) des UNDP auch als Vertreter des UNFPA und des WFP sowie als Koordinator der UN-Familie; seit zwei Jahren übrigens auch als offizieller Vertreter des Generalsekretärs.

In den ersten Jahren des neuen Aufbruchs sind gut zwei Drittel der Entwicklungshilfeleistungen an China durch multilaterale Programme aufgebracht worden. Inzwischen haben sich auch einige bilaterale Geber stark engagiert, vor allem Japan, die Bundesrepublik Deutschland, Kanada und Italien, nicht aber die Vereinigten Staaten und Großbritannien (wengleich sie im Kultur- und Wissenschaftsaustausch eine wichtige Rolle spielen).

Bei der multilateralen Kapitalhilfe ist vor allem die Weltbank zu erwähnen. Aber auch die Asiatische Entwicklungsbank ist nun beteiligt, seit es der Volksrepublik gelang, dort Mitglied zu werden. Schließlich unterstützt der IFAD einige Projekte in China. Der Gesamtumfang multilateraler Darlehenszusagen liegt jetzt bei 2 Mrd US-Dollar pro Jahr. Die Tendenz ist steigend, wenn auch in China die Frage der Verschuldung zunehmend diskutiert wird und man beispielsweise nach einem besseren Schuldenmanagement ruft. Mehr als 3 Mrd Dollar pro Jahr wird

China jedenfalls nicht zu Weltbank-Konditionen aufnehmen wollen. Die Weltbank und ihre Experten spielen übrigens auch eine wichtige Rolle im Dialog um die chinesische Reformpolitik und in der projektbegleitenden Ausbildung. Hier besteht eine enge Zusammenarbeit mit dem UNDP.

Die ›Technische Hilfe‹ der internationalen Organisationen, die als nicht-rückzahlbarer Zuschuß gewährt wird, beläuft sich zur Zeit auf 180 bis 200 Mill Dollar pro Jahr. Sehr stark engagiert hat sich das Welternährungsprogramm (WFP) mit seiner Nahrungsmittelhilfe, die hier für groß angelegte und bestens verwaltete öffentliche Arbeiten (Bewässerung, Aufforstung, Fischteiche und so fort) nach dem System ›Nahrungsmittel für Arbeitsleistung‹ (food for work) verwandt wird. In China, dessen Verfassung aus guten Gründen keine Freizügigkeit kennt, müssen Projekte der Entwicklung zu den Menschen gebracht werden – dahin, wo sie sich befinden und Hilfe brauchen, also vor allem in abgelegene und benachteiligte Gebiete, die oft von Gruppen nationaler Minderheiten bewohnt oder auch ›alte revolutionäre Basiszentren‹ etwa des Langen Marsches sind. Mehr und mehr konzentrieren sich die Projekte des WFP auf solche Gegenden.

Das gilt auch für die Arbeit des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF), dessen Schwerpunkte im Gesundheitswesen, vor allem der Immunisierung, und in der Grund- und Vorschulerziehung liegen. Der UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) ist durch seine Unterstützung des staatlichen Programms der Bevölkerungsplanung in eine Kontroverse mit den Vereinigten Staaten geraten, die zur Streichung der gesamten US-Zuwendungen an den UNFPA geführt hat. Da der UNFPA keineswegs Abtreibungen oder gar Zwangsmaßnahmen unterstützt, sondern allenfalls Programme, die solches überflüssig machen sollen, muß man wohl von einem tragischen Irrtum oder Mißverständnis sprechen, das seinen Grund in Auseinandersetzungen der amerikanischen Innenpolitik haben dürfte. Es ist bislang trotz aller Anstrengungen nicht gelungen, diese irrationale Verkrampfung aufzulösen. (Bekanntlich starb UNFPA-Exekutivdirektor Rafael Salas vor zwei Jahren in Washington, wo er darüber verhandeln wollte.) Der UNFPA hat Verdienste um die Wiedereinführung der Demographie in China, um die sehr erfolgreiche Durchführung der Volkszählung von 1982, um die Produktion von Verhütungsmitteln, um Erziehung und Aufklärung und um die medizinische Fürsorge für Mutter und Kind.

Die Fachorganisationen wie FAO, ILO, UNESCO, UNIDO oder WHO – aber auch solche, die keine eigene Vertretung in China haben, wie etwa IMO, ICAO, IAEA, UNCTAD, WIPO, UPU und ITU – erfüllen eine wichtige Funktion, indem sie China in ihrem Fachbereich den Anschluß an den internationalen Stand von Technik und Wissenschaft vermitteln. Ihre Austausch- und Förderungsprogramme werden sowohl vom UNDP als auch aus ihren eigenen Haushaltsmitteln oder besonderen zweckgebundenen Zuwendungen (trust funds) finanziert. Mehr und mehr werden auch internationale Tagungen und Konferenzen in China durchgeführt; so tagte beispielsweise der Welternährungsrat 1988 in Beijing.

Die Aufgabe der internationalen Organisationen und ihrer Vertreter in China besteht allerdings nicht nur darin, Programme internationaler Zusammenarbeit abzusprechen und zu unterstützen. Man erwartet von ihnen auch, daß sie einen aktiven Beitrag zur generellen Politik der Modernisierung und Öffnung des Landes leisten. Sie sollen helfen, Türen und Fenster aufzustoßen; das heißt vor allem, Kontakte herzustellen und neue Wege des Austauschs und der Zusammenarbeit aufzuzeigen und am besten gleich zu vermitteln. So haben die Vertreter des UNDP ganz selbstverständlich nach bestem Vermögen dazu beigetragen, daß Arbeitskontakte mit potentiellen Gebern, internationalen Finanzorganisationen, aber auch mit privaten Trägern, Wirtschaftskreisen und Forschungsinstituten hergestellt oder vertieft wurden. Alle Kapitalhilfeprojekte der ersten Generation beruhten auf Durchführbarkeitsstudien, die im

Rahmen des UNDP-Programms erstellt wurden. Auch der erste praktische Kontakt zu europäischen und amerikanischen Nichtregierungsorganisationen wurde durch das UNDP vermittelt. Tatsächlich sind die UN-Mitarbeiter in China recht vielfältig und einfallreich in der Anknüpfung des so notwendigen Kontaktes nach außen tätig geworden. Derzeit verfolgen sie mit besonderem Interesse die Bemühungen Chinas um Aufnahme in das GATT.

Programme und Projekte

Es ist wenig bekannt, daß China nach den USA an zweiter Stelle bei der Aufnahme von Indochina-Flüchtlingen steht. Annähernd 300 000 Menschen sind aus Vietnam und Laos nach China gekommen, die meisten schon vor etwa einem Jahrzehnt. China hat für sie ein großzügiges Programm der Ansiedlung auf mehr als 50 Staatsgütern im Süden des Landes durchgeführt und dabei auch internationale Hilfestellung erhalten. Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) unterhält ein Verbindungsbüro in Beijing, das sich hauptsächlich um die Eingliederung und Betreuung dieser Flüchtlinge kümmert. Im Jahre 1988 tauchten diese Menschen noch einmal in der Berichterstattung der internationalen Presse auf, als eine Gruppe von ihnen – auf Grund falscher Information und wohl auch mobilisiert durch so etwas wie beginnenden Wohlstand – über Hongkong Aufnahme in Drittländern (des Westens) zu erreichen suchte. Da China Aufnahmeland ist, besteht dazu – mit Ausnahme von wenigen Fällen der Familienzusammenführung – keine Möglichkeit. Die Behörden von Hongkong haben diese Leute zurückgeschickt. Schließlich halten sie selbst noch eine traurig hohe Zahl von sogenannten Bootsflüchtlingen in Lagern, deren Chancen auf Aufnahme in westlichen Ländern nicht gerade günstig stehen.

Auch in die internationale Katastrophenhilfe hat sich die Volksrepublik in den letzten Jahren eingeschaltet und Solidaritätshilfen gegeben wie erhalten. In der chinesischen Volksmeinung ist das Jahr des Drachens besonders anfällig für tiefgreifende Umwälzungen und Naturkatastrophen. Tatsächlich brachte das Jahr 1976 einen tiefen Einschnitt: Mao Zedong und Zhou Enlai starben, und das Erdbeben, das die Industriestadt Tanshan zerstörte, kostete nach Schätzungen einer halben Million Menschen das Leben. Damals wurde kein Aufruf zur Hilfeleistung von außen initiiert. Inzwischen hat sich die Politik Chinas geändert. Im Falle eines größeren Unglücks würde die Regierung nicht zögern, internationale Hilfe anzufordern. Sie möchte aber das Instrument eines solchen Aufrufs nicht verschleißen und hat es deshalb bei den unglücklichen Ereignissen nicht eingesetzt, die in einem so großen Lande leider immer wieder vorkommen. Auf der anderen Seite hat sie in den letzten Jahren durchblicken lassen, daß sie bereit sei, auch in solchen Fällen Hilfeleistung im Geiste internationaler Solidarität zu akzeptieren. So gab es schon zu Beginn der achtziger Jahre Hilfe für Dürre und Flutschäden, unter anderem auch seitens des UNDRO und des UNDP, und im Drachenjahr 1988 wiederum für diverse Flutkatastrophen und das Erdbeben von Yunnan. Auch die Bundesregierung hat einen erheblichen Beitrag zur Rehabilitierung nach dem großen Waldbrand des Vorjahres in Heilongjiang geleistet, um noch ein weiteres und substantielles Beispiel zu erwähnen. Von den UN-Vertretern in Beijing wird im allgemeinen eine aktive Rolle in der Koordinierung solcher Hilfeleistung erwartet, die meist auch durch die vom UNDRO herausgegebenen Lageberichte angeregt wird. Im Ernstfall wird eine Art Krisenstab gebildet, um die Unterrichtung der internationalen Öffentlichkeit, Koordinierung und Liaison zu gewährleisten. Auch in dem wichtigen Feld der Katastrophenvorsorge hat China mit internationaler Zusammenarbeit erhebliche Fortschritte aufzuweisen. Dazu gehört übrigens auch die Erdbebenvorhersage, in der China heute nach Japan und Kalifornien zur Spitzen-

gruppe gehört – nicht zuletzt dank einer vom UNDP geförderten Projektzusammenarbeit mit Forschern aus diesen ebenso gefährdeten Gebieten. Es steht zu hoffen, daß man in Zukunft die Bevölkerung rechtzeitig vor größeren Erdbeben warnen und vielleicht sogar aus bedrohten Großstädten evakuieren kann. Erhebliche Fortschritte werden auch in der Versorgung und Betreuung der überlebenden Opfer von Katastrophen gemacht. In Tanshan läßt sich das schon deutlich darstellen. Neben die von dem (für eine Reihe administrativer und sozialer Angelegenheiten zuständigen) Zivilministerium und den Kommunalbehörden verwaltete Notstands- und Sozialhilfe ist eine wesentliche Verbesserung im Status und in der Betreuung von Behinderten getreten, nicht zuletzt durch die Behindertenstiftung von dem Sohn Deng Xiaopings, Deng Pufeng, der, selbst schwerbehindertes Opfer der Kulturrevolution, die Aufwertung der Behinderten in Medizin, Bildung, Wirtschaft und Arbeit durchsetzen und ein Netz internationaler Kontakte schaffen konnte, das wiederum zu einer Qualifizierung der Versorgungs- und Dienstleistungen für Behinderte beigetragen hat, deren Zahl nach einer kürzlich durchgeführten Stichprobenerhebung bei 50 Millionen liegt.

Am Beispiel der Erdbebenvoraussageforschung deutet sich schon an, daß es bei den Projekten der Technischen Hilfe meist um einen hohen Stand von Wissenschaft und Technik geht. In der Tat reichen viele Projekte in Bereiche der Hochtechnologie, zum Beispiel in der Kohleverflüssigung und der Textilforschung, bei Kunststofffasern, Computergestütztem Entwerfen und Produzieren (CAD/CAM), Ölbohrungstechnik, Solarenergie und der Sicherheit von Kernkraftwerken. Die technische Modernisierung bestehender Industrien und die Einführung neuer Managementsysteme haben große Priorität und werden vielfach auch durch Projekte der Vereinten Nationen gefördert. Hier konzentriert sich die Arbeit des UNDP, für die in fünf Jahren rund 200 Mill Dollar ausgegeben werden sollen, 162 Mill davon aus dem zentralen Programmfonds des UNDP. Damit ist China jetzt das Land mit dem größten UNDP-Programm. Für den Zeitraum des siebten Fünfjahresplanes der Volksrepublik (1986–1990) sind folgende Schwerpunktbereiche vereinbart worden:

- Aus- und Fortbildung von Fachkräften,
- technische Modernisierung bestehender Industrien,
- Entwicklung fortgeschrittener Technologien,
- Verbesserung der Lebensqualität,
- Anwendung elektronischer Informationstechnik.

Die ‚Investition in den Menschen‘ steht hier im Vordergrund. Das gilt übrigens auch für den Bereich der Wirtschaftsreformen, für welchen das UNDP in jüngerer Zeit mehr und mehr um die Durchführung von Dialog- und Studienprogrammen gebeten wird. Es wäre vermessen, wollte man sozusagen von außen den chinesischen Reformern Ratschläge anbieten, was wie zu machen wäre. Sie müssen ihre Strukturen selbst finden und sind dazu auch entschlossen. Die internationalen Partner können aber dazu beitragen, daß sich der Horizont dieser Reformen erweitert und sie Erfahrungen, die anderswo gemacht worden sind, kennenlernen und in ihre Überlegungen einbeziehen können. Da sind Studienreisen und Seminare wichtig, aber auch die Hilfestellung bei der Einrichtung von Ausbildungsprogrammen und Instituten der fachlichen Fortbildung. Die Vereinten Nationen, die ihre Kontakte in Ost und West, Nord und Süd aktivieren können und auch nicht auf ein eigenes ‚System‘ festgelegt sind, das sie China andienen wollen, haben hier einen starken Vorteil, der sie politisch attraktiv macht.

So ist es sicher kein Zufall, daß die Vereinten Nationen in so unterschiedlichen Bereichen wie Kommunalverwaltung und regionaler Planung, Steuerwesen und Finanzverwaltung, Personalwesen, Zentralbank, Wirtschaftsstruktur und Unternehmensreform, Sozialversicherung oder Auslandsinvestition engagiert werden. Wichtige Dialogseminare mit führenden Fachleuten aus aller Welt, die zentrale Themen der makro-ökonomischen Steuerung und Wirtschaftsplanung behandeln, finden in

Bericht und Gespräch mit den führenden Persönlichkeiten des Landes ihren Niederschlag. So hat sich Zhao Ziyang mehrfach anerkennend gerade über solche katalytischen Beiträge der Vereinten Nationen geäußert, und auch Deng Xiaoping hat solche Gruppen aus gegebenem Anlaß zum Gespräch empfangen.

Regel Austausch

Auch sonst genießen die Vereinten Nationen und ihre Programme in China hohes Ansehen. Das zeigte sich zum Beispiel, als das vierzigjährige Bestehen der Vereinten Nationen in Beijing in großem Stil gefeiert wurde. Bei der zentralen Festveranstaltung durfte ich nach dem amtierenden Regierungschef Wan Li (Premier Zhao hielt zur gleichen Zeit seine Rede vor der Generalversammlung in New York) die Hauptrede halten.

Bei einem selbstbewußten Partner wie dem Reich der Mitte auf der einen und einem im Zeichen von »neuen Dimensionen« der Technischen Zusammenarbeit⁵ innovationsbereiten UNDP durfte man von dem Neubeginn in China auch neue Formen der Zusammenarbeit im Sinne einer stärkeren Betonung eigenständiger Entwicklung erwarten. Tatsächlich hat man in China in dieser Richtung experimentiert, um sozusagen Programme internationaler Zusammenarbeit mit chinesischen Charakteristika zu entwickeln. So gibt es hier keine ausländischen Projektleiter und praktisch auch keine ansässigen ausländischen Experten. Alle Projekte werden von chinesischer Seite geleitet und verwaltet. Etwa die Hälfte der Vorhaben werden auch nicht von den Sonderorganisationen und Spezialorganen der Vereinten Nationen, sondern von der Regierung selbst durchgeführt, wobei die beratende Funktion der Fachorganisationen nach Möglichkeit erhalten bleiben soll. Für die Steuerung und Durchführung der Projekte hat die Regierung im Zentrum für wirtschaftlichen und technischen Austausch (China International Centre for Economic and Technical Exchanges, CICETE) eine Institution unter der Verantwortung des Außenwirtschaftsministeriums geschaffen, sozusagen eine GTZ⁶ auf der Nehmerseite, die übrigens auch für Kontakte zu internationalen Nichtregierungsorganisationen zuständig ist.

Technologietransfer geschieht hier im wesentlichen durch Ausbildungsprogramme, Kurzzeitexperten und Ausrüstungen. Jedes Jahr sind Tausende von Stipendiaten und Kurzzeitberatern aus und nach China unterwegs. Besonders beliebt sind institutionelle Projektpartnerschaften zwischen Instituten in Industrieländern und ihren Partnerinstituten in China. Sie überdauern häufig die kurze Zeitspanne der eigentlichen Projekte. Beratungsdienste werden oft auch ohne Honorar geleistet, nämlich im Rahmen der TOKTEN⁷- und der STAR⁸-Programme. Bei TOKTEN werden qualifizierte Auslandschinesen eingeladen, ihr Wissen und Können für die Entwicklung des Mutterlandes einzubringen. Bei STAR sind es Fachleute aus aller Welt, die sich für eine moderne Entwicklung Chinas einsetzen wollen. In beiden Programmen werden nur die Kosten der Reise und des Aufenthalts erstattet. Dennoch sind Spitzenkräfte nicht nur aus den Reihen rüstiger Pensionäre, sondern auch aus dem aktiven Berufsleben in Wissenschaft und Industrie für solchen Einsatz zu gewinnen; häufig sind sie besser qualifiziert als die sonst verfügbaren Experten. Pro Jahr waren es in der letzten Zeit jeweils um 300 Spitzenkräfte – bis hin zu Nobelpreisträgern und einem Bundesbankpräsidenten a.D. –, die der Einladung von Regierung und UNDP folgten, und die Tendenz ist steigend. China ist offensichtlich in dieser Phase von Reform und Aufbau für Kenner und Könner besonders attraktiv.

Schließlich sollen die UN-Vertreter auch koordinierend tätig werden. Freilich ist Koordinierung in einem so großen Land mit so vielfältigen Beziehungen keine leichte Aufgabe, zumal Verwaltungsstruktur und -gepflogenheiten sie nicht gerade begünstigen. Auf der Regierungsseite ist das Außenwirtschaftsministerium für alle technische und wirtschaftliche Zusammenar-

beit zuständig, also auch für UNDP, UNICEF, UNFPA und bilaterale Geber. Die Sonderorganisationen arbeiten mit den entsprechenden Fachministerien direkt zusammen. Das Landwirtschaftsministerium ist nicht nur für die FAO, sondern auch für das WFP und den IFAD zuständig. Die Weltbank hat ihren Hauptpartner im Finanzministerium, und für Fragen der Vereinten Nationen trägt natürlich auch das Außenministerium Verantwortung, während Flüchtlings- und Katastrophenhilfe vom Zivilministerium koordiniert wird. Hinzu kommt, daß nach menschlicher Erfahrung auch bei den Hilfsorganisationen jeder eher aktiv koordinieren als koordiniert werden will. Im Laufe der Jahre hat sich aber gezeigt, daß selbst ein »Papiertiger« wie der UN-Koordinator gerade in China eine wichtige und geschätzte Rolle darin haben kann, die an einem Thema interessierten Partner in informeller Weise zum Informations- und Erfahrungsaustausch zusammenzubringen und im übrigen über die gesamte Entwicklungszusammenarbeit im Überblick zu berichten.

- 1 VN 4/1971 S.99.
- 2 Text: VN 6/1971 S.172.
- 3 Besonders in der Zeit bis zur Einnahme des chinesischen Sitzes in den Vereinten Nationen durch Beijing hat sich diese Zeitschrift mehrfach mit China befaßt: Heinz Pächter, Chinas Vertretung in den Vereinten Nationen, VN 4/1967 S.112ff.; Walter Schwenk, Die Vertretung Chinas in den UN als völkerrechtliches Problem, VN 4/1967 S.116ff.; Eberhard Freiherr von Perfall, Zwei chinesische Staaten in der UNO?, VN 4/1967 S.121ff.; Eckhard Budewig, Doppelmitgliedschaft Chinas in der UNO?, VN 6/1969 S.172ff.; Die persönliche Meinung: Rotchina ante portas, VN 2/1971 S.43; Otto Leichter, Peking in den Vereinten Nationen, VN 6/1971 S.149ff.; ders. Pekings Position und Ziele in der UNO, VN 1/1972 S.1ff.; Uwe G. Fabritzek, Die Volksrepublik China und die Vereinten Nationen, VN 1/1977 S.11ff.
- 4 Diese Sternstunde der albanischen UN-Politik ist nicht verzeichnet bei Arben Puto, Albanien und die Weltorganisation, VN 3/1988 S.86ff., was mit der zwischenzeitlichen Abkühlung der Beziehungen zwischen diesen beiden sozialistischen Staaten zusammenhängen könnte.
- 5 Einen entsprechenden Beschluß des UNDP-Verwaltungsrats hatte sich die Generalversammlung in ihrer Resolution 3405 (XXX) am 28.11.1975 zu eigen gemacht.
- 6 Die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) führt (als Instrument des Gebers Bundesrepublik Deutschland) im Auftrag der Bundesregierung Maßnahmen der Technischen Zusammenarbeit in den Entwicklungsländern durch.
- 7 Transfer of Knowledge through Expatriate Nationals: Wissenstransfer durch ausländische Fachkräfte (chinesischer Herkunft).
- 8 Senior Technical Advisor Recruitment: Rekrutierung hochqualifizierter Technischer Berater.

Internationale Tage, Wochen, Jahre und Jahrzehnte der Vereinten Nationen

Ein Nachtrag

HANS D'ORVILLE

In diesem Jahr häufen sich die Gedankenansätze: 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland, 40 Jahre Deutsche Demokratische Republik – zugleich auch Erinnerung daran, daß die förmliche Teilung Deutschlands nun schon vier Jahrzehnte währt. Auf die Ursprünge der Entwicklungen, die zur Spaltung führten, verweisen zwei andere Daten, die in das Jahr 1989 fallen: Vor 50 Jahren begann der Zweite Weltkrieg mit dem deutschen Angriff auf Polen, vor 100 Jahren wurde der Kriegsherr dieses Überfalls in Braunau am Inn geboren (und zwischen diesen Daten lag vor 75 Jahren der Ausbruch des Ersten Weltkriegs). Andere Gedenktage verweisen auf länger zurückliegende, weit eher mit positivem Bedeutungsgehalt versehene Ereignisse: den 200. Jahrestag der Französischen Revolution mit ihrer »Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte« und die 300. Wiederkehr der Verkündung der »Bill of Rights« in England. Und den (möglicherweise) 500. Geburtstag gilt es für einen Querkopf, Seher und Hoffnungsträger zu verzeichnen, für einen Deutschen, der freilich nur in einem deutschen Staat – und dort in Anbetracht seiner zentralen Forderung »Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk« womöglich nicht ganz zu Recht – offiziell geehrt wird: Thomas Müntzer.

Das Jahr 1989 allein diesen Daten zu widmen, verriete freilich eine eurozentrische Sichtweise. So rufen uns denn die diversen Gedenkveranstaltungen, die von den Vereinten Nationen begangen werden, zweierlei in Erinnerung: die Herausforderungen und Aufgaben der Gegenwart ebenso wie die Tatsache, daß es weltweit Gemeinsamkeit bei ihrer Bewältigung bedarf. – Die folgende Aufstellung setzt den unter dem gleichen Obertitel erschienenen Beitrag des Autors aus VN 2/1983 S.37ff. (mit Ergänzung in VN 3/1983 S.83) fort.

I. Richtlinien für künftige internationale Jahrzehnte

Nach den mit Resolution 1980/67 des Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) vom 25. Juli 1980 verkündeten¹ und durch den

Beschluß 35/424 der Generalversammlung vom 5. Dezember 1980 gebilligten »Richtlinien für künftige internationale Jahre« erachtete es die Generalversammlung für sinnvoll, vergleichbare Richtlinien auch für die Ausrufung künftiger internationaler Dekaden aufzustellen. Einen derartigen Leitfaden hat auf ihre Bitte² hin der Wirtschafts- und Sozialrat auf der Grundlage eines Berichts des Generalsekretärs³ beraten. Mit Resolution 1988/63 vom 27. Juli 1988 verabschiedete der ECOSOC dann auch entsprechende Richtlinien, die er der 43. Tagung der Generalversammlung zuleitete. Der ECOSOC legte jedoch ausdrücklich fest, daß diese Richtlinien nicht für die Entwicklungsdekaden Anwendung finden sollen. Sie enthalten Grundsätze für die vier im folgenden vorgestellten Bereiche.

• Thema und zeitliche Festlegung einer Dekade:

Ein Thema für ein internationales Jahrzehnt sollte mit den Aufgaben und Grundsätzen der Vereinten Nationen übereinstimmen, eine Priorität in einem der Hauptaufgabenbereiche der Vereinten Nationen darstellen und langfristige internationale, regionale und nationale Maßnahmen erfordern. Eine Dekade sollte auch nur dann proklamiert werden, wenn sie Ergebnisse verspricht, die nicht auf anderem Wege erzielt werden können. Generell sollte eine Überlappung mehrerer Dekaden vermieden werden, und eine Dekade sollte nur dann initiiert werden, wenn das UN-System die inhaltliche, administrative und finanzielle Kapazität hat, eine wirksame Rolle bei der Durchführung des Dekadenprogramms zu übernehmen. Vor Proklamation einer neuen Dekade soll zunächst geprüft werden, ob nicht ein Gedenkereignis kürzerer Zeitdauer genügen würde.

• Anforderungen an die Vorbereitung einer Dekade:

Entsprechende Vorschläge sollen zusammen mit einem Entwurf für ein Aktionsprogramm unterbreitet werden, der präzise Ziele und Maßnahmen auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene aufführt. Alle Aktivitäten sollten klar identifizierbare Resultate produzieren. Ferner sollten alle damit zusammenhängenden organisatorischen und finanziellen Fragen eindeutig benannt werden. Darüber hinaus soll ein Programmentwurf Angaben dazu enthalten, welche Organisation(en) die Federführung übernehmen soll(en) und welche Koordinierungsmechanismen zu schaffen sind. Auf der Ebene der Mitgliedstaaten sollte insbesondere die Errichtung von Nationalkomitees vorgesehen werden, um öffentliche Unterstützung zu suchen und die entsprechenden Dekadenprogramme vor Ort durchzuführen.